

Bürgermeister im Anzeigenhagel

Immer öfter sehen sich Bürgermeister mit Anzeigen wegen strafbarer Handlungen konfrontiert – etwa in Weer und Buch. Bisher wurden die Ermittlungen dort immer wieder eingestellt, weil die Vorwürfe haltlos waren.

Von Angela Dähling

Weer, Buch – Die Zeiten, in denen Bürgermeister wie Dorfkaiser schalten und walten konnten, wie sie wollten, sind zum Glück fast überall vorbei. Inzwischen werden manche Gemeindechefs indes wiederholt u. a. wegen Verdachts auf Amtsmissbrauch angezeigt – und das nicht nur von der politischen Opposition, sondern auch von Bürgern.

„Es gehört zu den grundlegenden Bürgerrechten und man darf deshalb niemanden einschüchtern. Ich nehme es daher auch niemandem übel, wenn er etwa gegen Bescheide Einspruch erhebt“, meint der Weerer Bürgermeister Markus Zijerveld. Der Gemeindechef wurde bereits mehrfach von einem Bürger, dem einst ein gewünschter Bebauungsplan nicht genehmigt wurde, angezeigt. Unter anderem, weil der Bürgermeister bei einem Abbruchverfahren zu wenig Auflagen erteilt habe und daher Asbest freigesetzt worden sei. Zijerveld ließ durch einen Rechtsanwalt eine Gegen Darstellung übermitteln. Die Staatsanwaltschaft konnte

den Verdacht nicht bestätigen und stellte das Verfahren ein. „Es war das dritte Verfahren gegen mich, das eingestellt wurde. Jetzt hat der Mann mich erneut angezeigt“, erklärt er auf Anfrage der *TT*. Nachsatz: „Inzwischen überlege ich mir, monatlich zehn Prozent des Bürgermeistergelohes auf ein Sparbuch einzuzahlen. Das braucht man für solche Fälle sicher mal. Man darf nicht glauben, dass immer alles passt.“

Im aktuellen Fall geht es um die neue Gebührenverordnung der Gemeinde Weer. „Normalerweise beschließen wir im Dezember die Gebührenhöhen, die für das kommende Jahr gelten. 2019 haben wir das erst im Jänner geschafft“, schildert Zijerveld. Den neuen Gebührensatz habe das Computerprogramm im Amt ab 1. Jänner 2019 eingefordert. „Es ist aber rechtswidrig, Gebühren rückwirkend festzulegen. Im Jänner hätte daher der alte Satz gegolten“, gesteht er ein. Bis auf den besagten Weerer habe niemand Einspruch dagegen erhoben. Dem Mann habe man die 6,20 Euro für Kanal- und Wasser-



Besuch von der Polizei aufgrund von Anzeigen: für manche Bürgermeister nichts Neues.

Foto: Stocker

gebühren vor rund einem Jahr zurückgezahlt. „Vor einem Monat hat er mich nun angezeigt, weil ich die Bevölkerung betrogen hätte“, sagt Zijerveld zur Strafanzeige wegen Amtsmissbrauchs. Er habe aber nicht vorsätzlich gehandelt,

sagt der Gemeindechef, der annimmt, dass ihm strafrechtlich daher nichts vorzuwerfen sei. Es gehe jeweils um Beträge zwischen fünf und zehn Euro pro Haushalt. Die Bezirkshauptmannschaft als Aufsichtsbehörde sei nun damit

beschäftigt zu eruieren, wie das Problem gelöst werden kann, weil mit Rückzahlungen ein erheblicher Aufwand verbunden sei. Die finanzielle Belastung durch Anzeigen – sprich Rechtsanwaltskosten, Gutachten, Gebühren – sei für

die Gemeinde beträchtlich. Mehrere zehntausend Euro seien laut Zijerveld im Spiel.

Auch die Bucher Bürgermeisterin Marion Wex wurde schon mehrfach angezeigt – allerdings immer anonym. Zudem wurde in mehreren anonymen Schreiben an diverse Medien in unregelmäßigen Abständen immer wieder behauptet, die Bürgermeisterin, Personen ihrer Fraktion und Bucher VP-Mitglieder hätten illegale bzw. spekulative Grundkäufe getätigt und Grundstücke unter ihrem Wert erworben. Recherchen der *TT* konnten dies nicht bestätigen. Auch die Staatsanwaltschaft, die bei jeder Anzeige neuerlich Ermittlungen starten musste, stellte bisher alle wieder aufgrund haltloser Vorwürfe ein.

Lustig sei es dennoch nicht, durch anonyme Anzeigen wieder und wieder das Ziel von polizeilichen und staatsanwaltlichen Ermittlungen zu sein, sagt BM Marion Wex, die das Thema eigentlich nicht öffentlich machen will. Der Grund: „Ich will dem anonymen Anzeiger keine Bühne geben.“